

Die Basarwa der Kalahari (K)eine Zukunft für die Ureinwohner von Botswana?

Marc Meinardus

Gaborone, August 2004

Botswana, das Musterbeispiel für eine funktionierende Demokratie und soziale Entwicklungsorientierung, hat in den letzten Jahren einen Kratzer in seinem Image bekommen. In einer massiven Kampagne gegen „Blutdiamanten“ hat Survival International, eine internationale Organisation zur Verteidigung von Minderheitenrechten mit Sitz in London, die Vertreibung der Ureinwohner der Kalahari, der Basarwa, aus ihren angestammten Gebieten im heutigen „Central Kalahari Game Reserve“ (CKGR) angeprangert. Der Vorwurf basiert auf fragwürdigen Annahmen. Das Problem selber hat komplexere historische, kulturelle und soziale Wurzeln. Es geht nicht um ein „Zurück in die Tradition“ als Alternative der Basarwa. Vielmehr ist die Frage, ob sie eine Zukunft in der heutigen Zeit und Gesellschaft von Botswana haben.

Botswana gilt seit fast 40 Jahren als das Musterbeispiel einer stabilen Demokratie auf dem von Krisen geschüttelten Kontinent Afrika. Während sich das ehemalige britische Protektorat Bechuanaland zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1966 noch unter den 10 ärmsten Ländern der Welt befand, ist es heute laut Weltbank das einzige Middle Income Country im Sub-Sahara Afrika und laut Transparency International das mit der geringsten Korruption. Botswana hat seit langem die Sympathie ausländischer Regierungen und Geberorganisationen, insbesondere da die staatlichen Einnahmen aus dem Diamantenabbau seit den 70er Jahren vorrangig in Sozialleistungen wie Wohnungsbau, Bildungs- und Gesundheitswesen fließen.

Seit einigen Jahren jedoch wird das Bild durch Proteste nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen getrübt, die sich vehement gegen die Umsiedlung einer der indigenen Minderheiten in Botswana, der Basarwa¹, aus dem Gebiet der Zentralkalahari engagieren.

¹Die Bezeichnung Basarwa kommt aus der Sprache der Tswana, der mit 80% größten und dominierenden Ethnie des Landes. Basarwa ist die gängige Bezeichnung in Botswana und wird im Folgenden durchgehend verwendet. Als wissenschaftlicher Oberbegriff für alle Jäger- und Sammler-Kulturen im südafrikanischen Raum wird über-

Ursachen des Konfliktes – historische Rechte und neue Entwicklungsziele

Die Ursachen des Konflikts datieren zurück bis in die Zeit des britischen Protektorats „Bechuanaland“. Das Gebiet der Zentralkalahari war bereits 1961 unter britischer Administration zum Reservat erklärt worden. Zwei Ziele wurden dabei festgeschrieben: 1. die Vorkommen an natürlicher Fauna und Flora zu bewahren und 2. ausreichend Land der traditionellen Nutzung durch Jäger- und Sammler-Gemeinschaften bereitzustellen.

Als unmittelbar nach der Unabhängigkeit sämtliche Ländereien der Krone dem neu gegründeten Staat Botswana zufielen, wurde in der 1966 verabschiedeten Verfassung in einem Absatz über Garantien wesentlicher Grundrechte festgelegt, dass kein anderer als ein Angehöriger der Basarwa ohne schriftliche Genehmigung das Recht habe, die für sie bestimmten Gebiete zu betreten. Allerdings machen weder

wiegend die Bezeichnung „San-Völker“ verwendet, ihr charakteristisches Merkmal sind die Schnalzlaute ihrer Sprachen. Den Basarwa selbst ist diese Bezeichnung wenig geläufig, sie zögen sogar den Terminus „Bushmen“ (Buschleute) vor, da ihren Verwandten in Namibia vor einigen Jahren ein Gebiet namens „Bushmanland“ zugesprochen worden war.

die Verfassung noch der 1968 verabschiedete „Tribal Land Act“ genaue Angaben darüber, um welche Gebiete es sich dabei handelt. Die Frage der Landnutzungsrechte ist ein Kern des Problems.

Anfang der 90er Jahre legte die Regierung ein „Remote Area Development Programme (RADP)“ auf, das versuchte Bewohner der entlegenen ländlichen Gebiete des Landes - und damit auch die Basarwa - in grundlegende Entwicklungsmaßnahmen wie Trinkwasserversorgung, Schulen- und Krankenhausbau etc. einzubeziehen. In dem riesigen Gebiet der angrenzenden Zentral-Kalahari erwies sich ein solches Vorhaben jedoch als zu kostenaufwendig.

Darüber hinaus erklärte die Regierung, 2/5 des Staatsterritoriums zu Nationalparks und Tierschutzgebieten, die dem Naturschutz und dem Tourismus dienen sollten. Dazu gehört auch das „Central Kalahari Game Reserve“, kurz CKGR, ein Lebensraum der Basarwa.

Wer war zuerst da?

Die Basarwa beanspruchen die Kalahari als das Land ihrer Ahnen. Die Regierung argumentiert, sie hätten als traditionell nomadisches Volk keinerlei Landrechte, schon gar nicht in einem Naturreservat, in dem ihr Lebenswandel den Wildbestand gefährden könnte. Nach offizieller Sprachregelung heißt es, niemand wäre früher oder später in das Gebiet vorgedrungen und hätte deshalb mehr oder weniger Anspruch auf das Land, denn jeder Einwohner Botswanas sei vor dem Gesetz gleich.

Historischer Fakt ist jedoch, dass die Basarwa, deren Alltag vorwiegend aus beständiger Nahrungssuche, d.h. der Jagd auf wildlebende Tiere und dem Sammeln von Früchten und Wurzeln bestand, das trockene und unfruchtbare Gebiet des heutigen Zentral-Botswana durchzogen, lange bevor Vieh züchtende Bantustämme vor ca. 2000 Jahren aus dem Norden in die Region vordrangen.

Botswanas Regierung erkennt weder die Konvention No. 169 der International Labour Organisation (ILO) an, die indigene Völker und deren Rechte auf Selbstbe-

stimmung und Bewahrung ihrer einzigartigen Kulturen, Sprachen und Religionen definiert, noch die Kriterien der UN Working Group on Indigenous Populations (UNWGIP), die nicht nur die persönlichen Rechte und Freiheiten eines Individuums, sondern auch die von Gruppen umfassen.

In Südafrika wurde den dort ansässigen San-Völkern in einem Aufsehen erregenden Gerichtsverfahren ein eigenes Gebiet aufgrund ihres Minoritätenstatus zugesprochen. Auch ihre Nachbarn in Namibia dürfen inzwischen, nach langen Verhandlungen, das „Bushmanland“ als ihre Heimat betrachten. Die Basarwa in Botswana sind von dem Ziel eines eigenen Territorialrechtes dagegen noch weit entfernt.

Aus Jägern und Sammlern werden Landarbeiter auf der Suche nach Gelegenheitsjobs

Mit zunehmender Besiedlung durch die einwandernden Batswana wurden die Basarwa mehr und mehr in Randzonen ihrer ursprünglichen Lebensräume gedrängt. Sie mussten sich auf kleinere Räume beschränken, da die Rinderherden der Batswana einen Großteil des Territoriums als Weideplätze beanspruchten. Später entstanden kommerzielle Ranchs und Viehposten, eingezäunter Privatbesitz auf denen die Basarwa als Viehhüter oder Landarbeiter Beschäftigung fanden - meistens arbeiteten sie nicht einmal gegen Bezahlung, sondern erhielten als Gegenleistung nur Altkleider und Nahrungsmittel.

Heute lebt die Mehrheit der Basarwa, die laut Statistik etwa 4% der Bevölkerung ausmachen, also insgesamt ca. 68.000 Menschen auf der Suche nach Gelegenheitsjobs in den Städten und auf den Farmen. Sie gehören zur untersten Schicht der Gesellschaft und sind einer ständigen Diskriminierung ausgesetzt, die ihnen den Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen erschwert.

Die größte Barriere bildet sicherlich die Sprache. Die wenigsten Basarwa können sich auf Setswana oder Englisch verständigen. Auf der anderen Seite spricht kaum ein Regierungsangestellter eine der vielen Basarwa-Sprachen. Dies stellt oft bei Ge-

richtsverfahren und polizeilichen Ermittlungen gegen Basarwa, sowie vor allem im Unterricht in den Schulen eine schwer zu überwindende Barriere dar.

Diskriminierung durch die Mehrheit

Obwohl sie mit der Unabhängigkeit 1966 den vollen Status als Bürger Botswanas erhielten, werden Basarwa kaum als solche behandelt, in der allgemeinen Auffassung der stolzen Batswana nicht einmal als solche betrachtet. Das Haushaltseinkommen der Basarwa für eine 5-7köpfige Familie lag im Durchschnitt der frühen 90er Jahre bei weniger als 100 Pula (kaum 20 Euro) im Monat.

Sie sind auch nicht in der zweiten Kammer des Parlaments, dem „House of Chiefs“ vertreten. Dieses Unrecht teilen sie mit allen „unbedeutenden“ Stämmen, die sich nicht unter den 8 Hauptstämmen der Batswana befinden. Das traditionelle House of Chiefs hat zwar lediglich beratende Funktion gegenüber der Nationalversammlung und dem Präsidenten, besitzt aber ein beachtliches Mitspracherecht bei wesentlichen Entscheidungen des gesellschaftlichen Lebens.

Generell sind die Basarwa politisch unterrepräsentiert. Die Mitarbeiter der Kommunalverwaltung, selbst die gewählten Gemeinderäte stammen meistens von außerhalb und vertreten selten Interessen der Basarwa. Politische Karrieren ihrer durchaus dynamischen Anführer wie etwa von Lobatse Beslag, dem Chief der neuen Siedlung New Xade, verlaufen meist im Sande, bleiben lokal begrenzt.

Streit der Generationen – die Alten wollen zurück, die Jugend in die Städte

Der von europäischen und amerikanischen Anthropologen als archaisch oder rückständig bezeichnete Lebensstil machte die Basarwa international zum Forschungsgegenstand unzähliger Wissenschaftler und gab ihnen das Image einer über die Jahrhunderte stagnierenden primitiven Kultur, die von der modernen Zivilisation bedroht ist.

Doch die Kultur der Basarwa hat sich über die Zeit ebenso verändert, wie die ihrer Bantu-Nachbarn und den neuen Lebensbedingungen angepasst. So zieht besonders die junge Generation trotz aller Hindernisse ein Leben in der Stadt mit Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten dem extrem harten Leben in der Zentralkalahari vor. Die Mehrheit von ihnen hat die traditionellen Kenntnisse und Fähigkeiten zum Überleben im Busch bereits verlernt. Es sind die Älteren, die sich durchaus nach einer Rückkehr sehnen und der traditionellen Jagd nachtrauern.

Nur Verhandlungen können helfen

Entsprechend der Entwicklungsstrategie der Regierung sollen die Basarwa wie alle Einwohner Botswanas vom Wohlstand des Landes profitieren und in die Gesellschaft integriert, d.h. der „Zivilisation“ näher gebracht werden. So dreht sich die Frage nach Umsiedlung aus oder Verbleib in der Zentralkalahari vor allem um nachhaltige Entwicklung. Die Regierung hat davon eine Vorstellung, die sich eher auf den Aufbau von Infrastruktur als auf die Erhaltung und Förderung verschiedener Kulturen und Traditionen konzentriert. Moderne Siedlungen gehören nicht in ein Naturreiservat. Aber wohin gehören die dort lebenden Basarwa?

1985 hatte die Kalahari Conservation Society gegenüber der Regierung Bedenken geäußert, dass es im Gebiet der Zentralkalahari permanente Siedlungen geben würde, was nicht mit dem Konzept von Naturschutz vereinbar sei. Daraufhin veranlasste das Ministerium für Local Government eine Studie zur gegenwärtigen Situation im betroffenen Reservat, die drei Möglichkeiten zur Handhabung der Angelegenheit anbot: neben zwei Vorschlägen zur Aufteilung des Gebiets zwischen Ansässigen und Wildbestand wurde die Idee einer Umsiedlung der dort lebenden Basarwa als am wenigsten ratsame Variante bezeichnet. Ein Jahr später wurde die größte und bekannteste Siedlung innerhalb des CKGR, Xade, als erstes „permanent settlement“ anerkannt.

Die Betroffenen organisieren sich

Mit den Jahren verstärkten sich Gerüchte einer möglichen Umsiedlung, die die Basarwa 1996 veranlassten, die lokale Menschenrechtsorganisation Ditshwanelo einzuschalten.

Auf deren Initiative bildete sich eine „Delegation“, die aus jeweils zwei Vertretern sämtlicher sich im betroffenen Gebiet befindenden Ortschaften, einigen für indigene Minderheiten tätigen Nichtregierungsorganisationen wie der „Working Group for Indigenous Minorities in Southern Africa“, „First People of the Kalahari“ und dem „South African San Institute“, sowie Ditshwanelo und dem Botswana Council of Churches bestand. Sie sollte sich um effektive Verhandlungen mit den verantwortlichen Behörden bemühen.

1997: Die Umsiedlung beginnt

In der Zentralkalahari lebten bis zum Beginn der Umsiedlungsaktionen 1997 schätzungsweise 1000 Menschen, aufgeteilt in schwer erreichbare Siedlungen wie Xade, Mothomelo und Metsiamanong. Laut Aussagen der Regierung hatten die dort lebenden Basarwa sich von ihrem ursprünglichen Lebenswandel entfernt und waren zu Farmern geworden, hielten sich Ziegen und Esel, d.h. sie verstießen damit gegen den 1992 verabschiedeten Wildlife Conservation and National Parks Act. Dieses Dokument regelt sämtliche Aktivitäten und Nutzungsmöglichkeiten der Naturschutzgebiete. Die Basarwa als ein Teil dieser zu erhaltenden Naturräume werden darin nicht berücksichtigt. Sie werden nur in den Absätzen zur Vergabe von Jagdlizenzen unter dem Stichwort „Sonderregelungen“ erwähnt, müssen aber denselben bürokratischen Weg wie jeder Einwohner Botswanas oder Tourist auf sich nehmen, um eine Genehmigung zu erhalten.

Hoffnungslosigkeit in den neuen Siedlungen – Alkohol als Trost

Bis 2001 waren nach offiziellen Angaben 1645 Menschen in die neu aus dem Boden gestampften Dörfern New Xade und

Kaudwane gezogen². Die Regierung behauptet, dass sämtliche Umsiedlungen auf freiwilliger Basis und mit angemessener Entschädigung der Betroffenen geschehen wären. Es zeigte sich aber bald, dass vor allem die ältere Generation in den modernen Häusern der neuen Siedlungen nicht zu Recht kam.

Die von der Regierung zur Verfügung gestellten Rinder- und Ziegenherden wurden verkauft oder geschlachtet, weil es den Anwohnern an den erforderlichen Kenntnissen zur Viehhaltung mangelte. Andere Projekte zur Einkommenssicherung, wie der Anbau von Feldfrüchten oder die Fertigung traditionellen Basarwa-Schmucks aus der Schale von Straußeneiern, machten nur langsam Fortschritte und blieben in ihrer Wirkung eher beschränkt.

Da den Basarwa somit eine ausreichende, eigenständige Einkommensgrundlage fehlte und sie immer mehr in Abhängigkeit von Sozialhilfeleistungen gerieten, verfielen viele Bewohner mit der Zeit in einen Zustand der Apathie und dem Alkoholkonsum. Ein Teil von ihnen kehrte angesichts dieser trostlosen Situation zu Fuß in die Zentralkalahari zurück, um dort sein gewohntes Leben fortzusetzen. Zunächst waren es wenige, heute leben schätzungsweise 200 Menschen wieder im Gebiet der CKGR.

Ein Kompromiss zeichnet sich ab

Angesichts dieser Situation versuchten die beteiligten Akteure (die Delegation), einen Kompromiss zur Nutzung des Gebietes mit dem Department for Wildlife and National Parks (DWNP) auszuhandeln. Dieses zeigte sich durchaus kooperationsbereit und vor allem am traditionellen Wissen der Basarwa interessiert.

Zu diesem Zeitpunkt lief gerade ein landesweites „Community Based Natural Re-

² Es siedelten sich dort also nicht nur Basarwa an, sondern auch viele „Bakgalagadi“, Bantu-stämmige Menschen, die aber nicht zu den Hauptstämmen der Tswana gerechnet werden. Die „Bakgalagadi“ bilden die „unterste“ Schicht der Tswana-Bevölkerung, die kaum weniger diskriminiert wird als die Basarwa. An sie richtet sich das erwähnte „RADP“ in erster Linie. „Kgalagadi“ ist die landesübliche Schreibweise für Kalahari, „Bakgalagadi“ heißt einfach „Bewohner der Kalahari“.

sources Management (CBNRM) Programme“ an, das kleinen Kommunen bestimmte Jagdreviere und Naturschutzgebiete zuordnete, in denen durch lokale Projekte Tourismus als Einnahmequelle gefördert werden sollte. In diesem Rahmen bot DWNP Anfang 2000 die Entwicklung eines Management Plans für die Zentralkalahari in Zusammenarbeit mit den Basarwa und der Delegation an.

Zunächst misstrauten diese aufgrund früherer schlechter Erfahrungen mit den Behörden dem Vorhaben und lehnten eine Kooperation ab. Doch aufgrund der Zusicherungen der Delegation begleitete schließlich Roy Sesana, Gründer der Organisation „First People of the Kalahari“ und eine der umstrittensten Hauptfiguren in diesem Konflikt, als Repräsentant der Basarwa die DWNP Vertreter auf eine „fact finding mission“ zu den verschiedenen Siedlungen im Gebiet der CKGR.

Aus diesen Konsultationen entstanden mit der Zeit mehrere Entwürfe eines Management Plans und Karten, die die genaue Aufteilung der Nutzflächen beschrieben. Schließlich wurde 2001 ein „Draft Management Plan for the CKGR and Kutse Game Reserve“ als gemeinsamer Lösungsvorschlag von der Delegation und DWNP vorgelegt, dessen Umsetzung im nächsten Schritt vom Regierungskabinett verabschiedet werden sollte.

Kurz vor diesem bevorstehenden Durchbruch in den Verhandlungen über eine Zukunft der Basarwa, die sie in die Nutzung ihrer traditionellen Lebensräume einbeziehen würde, vor allem aber auch ihr unschätzbare traditionelles Wissen um Tiere und (Heil-) Pflanzen für „moderne“ Verwendungen nutzbar gemacht hätte, überschlugen sich die Ereignisse.

Die „Blutdiamanten“-Kampagne von Survival International

Zu jener Zeit trat die britische Menschenrechtsorganisation Survival International (SI) mit einer aggressiven Kampagne an die Öffentlichkeit. SI behauptete, die Vertreibung der Basarwa erfolge wegen reicher Diamantenvorkommen in der Zentralkalahari und zog damit das Interesse der

in jenem Jahr angesetzten Weltkonferenz zum Thema Rassismus auf sich. Botswanas Regierung stand angesichts dieser Kampagne der „Blutdiamanten“ international plötzlich mit dem Rücken zur Wand, während die Basarwa, allen voran Roy Sesana, für kurze Zeit internationale Aufmerksamkeit erhielten.

Die radikale Position von Survival International, die Regierung aufgrund von bloßen Vermutungen³ mit einer internationalen Kampagne, u. a. mit Protestdemonstrationen vor der botswanischen Botschaft in London, massiv unter Druck zu setzen, geht an der Komplexität der Problematik völlig vorbei. Obendrein scheint das „Diamantenargument“ aus der Kenntnis vor Ort in der Tat nicht fundiert zu sein. Im Gegenteil, SI instrumentalisiert in seinen Pamphleten einseitig und hemmungslos sämtliche Klischees von Buschmännern im Lendenschurz und faltendurchfurchten Gesichtern alter Buschfrauen und bejammert den Verlust einer Jahrtausende alten, primitiven Jäger- und Sammlerkultur. Damit lassen sich vielleicht „Solidarität“ und finanzielle Unterstützung für SI in Europa und den USA mobilisieren, den Versuchen einer umfassenden Verhandlungslösung vor Ort ist dies sicher nicht förderlich.

Trotz der eindringlichen Bitten von Ditshwanelo, angesichts der bevorstehenden Verabschiedung des Management Plan die Kampagne zurückzuziehen, ließ sich SI nicht von seinen Angriffen auf die Regierung abbringen. Die Kampagne richtete sich nämlich eigentlich gegen das Diamanten-Monopol von De Beers. Als „Blutdiamanten“ waren bis dato nur die Diamanten bezeichnet worden, mit denen die Bürgerkriege in Angola, Liberia und anderswo finanziert worden waren. Der Fall Botswana bot dagegen Stoff für eine „spendenwirksame“ Mitleidskampagne zugunsten von unterdrückten „Eingeborenen“.

Eine so frontale Attacke wie die von SI, ist in der sehr auf „Gesichtswahrung“ bedach-

³ „... Survival *believes* [Hervorhebung durch den Autor] that diamonds are the root cause of the evictions, and that the government decided to evict the Bushmen in order to avoid any “problems” in the future when diamond exploitation goes ahead.“ (Homepage von Survival International: http://www.survival-international.org/bushmen_background.htm).

ten Kultur von Botswana unverständlich und unverzeihlich. Die Regierung fühlte sich unberechtigter Weise an den Pranger gestellt, reagierte reflexartig mit einer völligen Blockade jedweder Verhandlungen und stellte obendrein erbittert sämtliche grundlegenden Sozialleistungen, vor allem aber die Wasserversorgung der Siedlungen in der Zentralkalahari ein.

Die Fronten verhärteten sich so sehr, dass eine friedliche Einigung durch Verhandlungen nicht mehr möglich erschien. 2002 wurde die Angelegenheit schließlich vor Gericht gebracht: 241 Basarwa klagten vor dem High Court gegen die Regierung, weil diese sie ihrer Grundrechte auf Trinkwasser- und medizinischer Versorgung beraubte. Der Fall wurde wegen technischer Unzulänglichkeiten zunächst abgelehnt. Ditshwanelo ging daraufhin in Berufung, wo wiederum der Fall mit der Anordnung auf Zulassung mündlicher Aussagen an den High Court verwiesen wurde.

2004: ein neuer Anlauf

Der Dachverband der Nichtregierungsorganisationen Botswanas (BOCONGO) veranstaltete im März 2004 (mit Unterstützung der FES) eine zweitägige Konferenz, die sämtliche Interessenvertreter wieder an einen Tisch bringen sollte. Im Vorfeld war durch einen Besuch in der Zentralkalahari versucht worden, einen Eindruck von der momentanen Situation in den alten und neuen Siedlungen zu bekommen.

Dieses Treffen war bewusst kurz vor dem Beginn einer „World Assembly“ von CIVICUS angesetzt worden. Unter dem Motto „Acting Together for a Just World“, versammelten sich Delegierte aller Kontinente dieser internationalen Vereinigung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Gaborone. Der Dialog wurde somit zu einem Zeitpunkt wieder aufgenommen, der Botswana positiv ins weltweite Licht der Öffentlichkeit stellen sollte.

Zwar konnte das Problem während der Konferenz nicht gelöst werden, doch das geschaffene Forum diente zumindest einem erneuten Informations- und Meinungsaustausch. Die Beteiligten unterstützten durchweg die Forderung nach

einer Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Regierung und der nach wie vor bestehenden Delegation.

Nur Survival International, dessen Leiter, Stephen Corry anlässlich der CIVICUS-Versammlung persönlich nach Botswana gekommen war, hielt an seiner harten, konfrontativen Position fest und lehnte jegliche Zurücknahme der Kampagne mit Nachdruck ab.

Gerichtsverfahren ohne Perspektive

Das Gerichtsverfahren wurde im Juli 2004 wieder aufgenommen, als sich Richter und Anwälte beider Parteien nach New Xade begaben, um die Betroffenen vor Ort anzuhören. Es folgten mehrere Anhörungen in Ghanzi. Dann gingen der „Coalition“ der internationalen Unterstützerguppen die Finanzmittel aus, die ein derartiges Verfahren verschlingt. Die weiteren Verhandlungen sind jetzt auf November vertagt. Roy Sesana tourt derzeit durch die USA um neue Fonds zu mobilisieren. Survival International steht organisatorisch dahinter und es sieht so aus, als ob SI damit auch die weiteren Verhandlungen wesentlich beeinflussen wird. Ditshwanelo hat sich distanziert und aus der weiteren direkten Unterstützung zurückgezogen.

Sollte die Regierung per Gericht gezwungen werden, ihre sozialen Maßnahmen in den alten Siedlungen wieder aufzunehmen, stände einer Rückkehr derer, die tatsächlich in die Zentralkalahari zurückkehren wollen, im Prinzip nichts mehr im Wege. Trotzdem bliebe ihnen das Jagen ohne offizielle Lizenzen weiterhin untersagt. Bei einer Entscheidung zugunsten der Regierung, hätten die Basarwa keine andere Möglichkeit, als in die neu angelegten Orte am Rande des betroffenen Gebiets umzuziehen. Die sich derzeit in der Zentralkalahari aufhaltenden Menschen können auf die Dauer nicht ohne Trinkwasserversorgung überleben.

Wie immer das Verfahren ausgeht, es wäre keine nachhaltige Lösung des Problems. Nur eine Weiterführung der Verhandlungen kann zu einer akzeptablen Lösung für alle Beteiligten führen. Dafür wollen sich Ditshwanelo und andere natio-

nale NGO weiter einsetzen. Dies muss man unterstützen.

Keine Zukunft im Reservat, aber eine Zukunft in der Gesellschaft

Es geht nicht allein darum, die Basarwa-Kultur(en) zu bewahren, sondern vielmehr um die Einforderung berechtigter Interessen seitens der Basarwa. Die Anerkennung ihrer grundlegenden Menschenrechte und des Anspruchs auf eine angemessene Entschädigung bei deren Verletzung muss gewährleistet sein. Die Option einer Rückkehr in die ursprünglichen Territorien, sowie die Einbeziehung in die Nutzung natürlicher Ressourcen sollten den Basarwa ermöglicht werden.

Die Zukunft der Basarwa liegt aber sicherlich nicht in einem „Zurück in die Tradition“, im Leben in einem „Kultur“-Reservat, das sie auf den archaischen Status eines Jäger- und Sammlervolkes fixieren will. Dies wäre schon deshalb nicht möglich, weil die Jugend der Basarwa das Wissen für ein Überleben in den extremen Bedingungen der Kalahari nicht mehr besitzt.

Es gilt vielmehr soviel traditionelles Wissen wie möglich zu bewahren, in die „moderne“ Zeit herüberzuretten und den Basarwa unter Wahrung einer eigenen kulturellen Identität eine Zukunft als respektiertes und teilhabendes Mitglied der Gesellschaft in Botswana zu ermöglichen. Und dies gilt nicht nur für die paar hundert betroffenen Basarwa des CKGR, die derzeit im internationalen Rampenlicht stehen, dies gilt für alle Basarwa in Botswana.

Relevante Links zur weiteren Information:

www.ditshwanelo.org.bw
www.gov.bw
www.survival-international.org
www.mmegi.bw
www.ub.bw
www.san.org.za
www.kalaharipeoples.org
www.allafrica.com

Zum Autor:

Dr. Marc Meinardus ist seit August 2003 Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Gaborone, Botswana.

Susanne Schmutzer, Studentin der Afrikanistik an der Universität Leipzig und von Januar bis Juni 2004 Praktikantin im FES-Büro in Gaborone, recherchierte für den Bericht und stellte die Grundinformationen zusammen.